

Weshalb Terrorismus?

Herausarbeitung seiner systembedingten Ursachen

Laut *Großem Brockhaus* (1998) ist *Terror* bzw. *Terrorismus* eine "gewalttätige Form des Machtkampfes", der "politisch motiviert" ist. Sofern er von "Kleingruppen und Einzelpersonen" ausgeht, habe er zum Ziel, "bestehende Herrschaftsverhältnisse zu erschüttern". Der "Staatsterror" zeige sich innenpolitisch als "Polizei- und Justizterror", außenpolitisch als "Besatzungsterror". Folgende Mittel kämen dabei zur Anwendung: "Zwangsarbeit", "Folter", "Vertreibung von Bevölkerungsgruppen", "Liquidierung des politischen Gegners", "Massenexekutionen", "Völkermord".

Im Folgenden soll zur besseren Klärung der Themafrage nicht nur der Sonderfall Terrorismus im oben definierten Sinn betrachtet werden, sondern auch das Gewaltproblem an sich.

Vorweg die Frage: Ist Gewalt von Hause aus etwas Schlimmes?

Bereits ein flüchtiger Blick in die Natur macht deutlich: Auch dort gibt es viel rohe Gewalt. Eine Grausamkeit z.B. geschieht, wenn Raubtiere über ihre Beute herfallen. Aber so ist die Schöpfung angelegt: Das Leben bedingt den Tod. Die gegenwärtigen Geschlechterreihen setzen das Absterben der vorhergegangenen voraus. Die letzteren werden zu Humus oder dienen sonstwie als Nahrungsgrundlage.

Ähnliches ist auch beim Menschen zu beobachten. Aus Ernährungsgründen und seit Jahrtausenden haben wir keine Scheu, unsere Mitgeschöpfe, Haus- und jagdbare Tiere, alljährlich millionenfach zu töten. Muß man das als unmoralische Gewaltanwendung bezeichnen? Wohl kaum. Anzumerken ist jedoch: Die heutige Massentierhaltung und die Tötungsmethoden, die in Schlachthöfen zur Anwendung kommen (vom Schächten ganz zu schweigen), sind oft weit schlimmer, als was Raubtiere ihren Opfern antun.

Grausamer Machtmißbrauch, so könnte die Schlußfolgerung lauten, ist bei Tieren offensichtlich weit weniger üblich als bei Menschen. Vor allem gegenüber Artgenossen verhalten sich Tiere überwiegend friedlich. Wenn das Revier zu verteidigen ist oder wenn die Vorrangstellung im Rudel bedroht ist, kommt es zwar zu Machtkämpfen; die aber laufen nach angeborenen Ritualen ab, sind meist unblutig und gleichen einem bloßen Kräftemessen. Allerdings: Neue Rudelführer töten häufig die jüngere Nachkommenschaft des Rivalen.

Unvermeidliche Gewaltanwendung

Tiere werden in ihrem Gruppenverhalten - weit mehr als der Mensch - durch Instinkte gesteuert. Wenn sie in Rudeln leben, sind diese meist klein und überschaubar. Menschen aber sind - jedenfalls seit geschichtlicher Zeit, noch mehr aber heutzutage - Mitglieder von Großgesellschaften. Die aber bedürfen einer gesetzlichen Ordnung - mit Bestrafungsmöglichkeiten bei Verstößen. Ohne Gerichtswesen und Polizei geht es also nicht. Ein gemeiner Verbrecher, der Widerstand leistet, muß gefangengesetzt und je nach Straftat auf eine kürzere oder längere Zeit seiner Freiheit beraubt werden.

Gewaltanwendung im gesellschaftlichen Bereich ist also unverzichtbar und unbestreitbar richtig. Denn Recht und Ordnung müssen aufrechterhalten bleiben.

Freilich: In einem Unrechtsstaat (Zwischenfrage: Gab es jemals vollkommene Rechtsstaaten?) werden oft andersdenkende Leute, weil sie den Machthabern gefährlich erscheinen, nicht selten zu Kriminellen gestempelt und auf terroristische Weise - wie im Einleitungsabschnitt dargestellt - verfolgt.

Ähnlich zweifelhaft ist die Gewaltanwendung bei einem militärischen Überfall von außen. Denn einerseits gilt im Notwehrfall das Recht eines Staates auf Verteidigung. Doch besonders hier geschieht es allzuoft, daß ein geplanter Angriff durch geschicktes Taktieren und Provozieren als Verteidigung ausgegeben wird; wobei manchmal der Präventivschlag eines bedrohten Landes sogar als Notwehr verstanden werden kann. Aber hinterher hat es der Sieger dann leicht, die Kriegsschuld dem Unterlegenen anzulasten ...

Zu überlegen wäre auch: Wie sinnvoll ist heute militärischer Widerstand, wenn der Gegner über modernste Massenmordwaffen verfügt und damit auf einen Schlag nicht nur Hunderttausende Menschenleben auslöschen, sondern, was fast noch schlimmer ist, das ins Visier genommene Land, z.B. durch Radioaktivität, auf Jahrhunderte hinaus unbewohnbar machen kann.

Deshalb wäre es in der Tat wichtig und richtig, kriegerische Vorgehensweisen bei Völkerkonflikten grundsätzlich zu verhindern. Zu dem Zweck müßte man aber die Ursachen, die zu Spannungen zwischen den Völkern führen - und die haben viel mit der ungelösten sozialen Frage zu tun - , endgültig beheben.

Wann die Terrorismusgefahr gering ist

Je gerechter eine Gesellschaft geordnet ist, je weniger Ausbeutung vorkommt, je seltener die Armut ist, je zufriedener die Bürger sind, je überschaubarer ihr näheres Umfeld ist, je liebevoller sie sich begegnen, je mehr sie sich als Glied einer Gemeinschaft fühlen, je mehr sie an wahre Werte glauben, je straffer und sauberer das Rechtswesen ist - desto harmonischer gestaltet sich ihr Zusammenleben, desto weniger Verbrechen gibt es, desto weniger polizeiliche Zwangsmittel sind erforderlich. Dann auch ist die Gefahr, daß sich junge Leute zu terroristischen Gruppen zusammenschließen, gleich null.

Ruhe vor dem Gewittersturm?

Man mißtraue aber dem Scheinfrieden, der in den westlichen Ländern anzutreffen ist. Zwar ist der einheimische Terrorismus vorläufig erloschen; und noch gibt es keine großen Aufstände oder gar Bürgerkrieg, obwohl Millionen ohne Arbeit sind. Denn immer noch haben fast alle ausreichend Geld, um ihre materiellen Grundbedürfnisse zu befriedigen. Und noch können die Massen mit "Brot und Spielen" ruhiggestellt werden.

Man erkenne aber: In der westlichen Welt ist die bisherige politische Ruhe durch eine beispiellose Naturausplünderung und durch eine ungeheuerliche Staatsverschuldung erkauft!

Auch sonst läuft vieles grundsätzlich schief. Die sozialen Versprechungen sind inzwischen unbezahlbar geworden. Der Zerfall wesentlicher Gemeinschaftsformen setzt sich fort. Und so weiter. Man sollte sich also ernsthaft fragen, was denn am System, in dem wir leben, nicht in Ordnung ist. Der weltweit gescheiterte Marxismus-Kommunismus ist allgemein - sicherlich zu Recht - in Verruf geraten und als Staatskapitalismus entlarvt. Aber ist der westliche Konzernkapitalismus eine wünschenswerte Alternative? Ist er mit Frieden vereinbar?

Was ist Kapitalismus?

Was ist Kapital? Etwas verkürzt lautet die Antwort (s. *Großer Brockhaus*, 1997): Kapital sind Geld- und Sachvermögen, die eine Rendite einbringen bzw. einen Zins abwerfen. Kapitalismus ist demnach: Zinswirtschaft.

Auch ist scharf zu unterscheiden zwischen Kapitalismus einerseits und Markt- bzw. Wettbewerbswirtschaft andererseits - obwohl in ökonomischen Fachbüchern fast überall noch das Gegenteil behauptet wird. Tatsächlich aber stehen sich beide als krasse Gegensätze gegenüber, als falsch oder richtig bzw. als lebenszerstörend oder lebenserhaltend.

Westlicher Konzernkapitalismus und einstiger Staatskapitalismus (Marxismus-Kommunismus) sind in Wahrheit nahverwandte, nämlich monopolistische und wettbewerbsfeindliche Systeme: Der letztere ist dem ersteren in Sachen Monopolisierung und Enteignung nur eben eine gewisse Wegstrecke voraus.

Der Kapitalismus aber - so die erlösende Erkenntnis - ist die Ausgeburt eines seit jeher fehlerhaften Geldwesens und eines ähnlich falschen Bodenrechts. Daraus entsteigen so unheilvolle Erscheinungen wie Geldzins und Bodenwucher und die andauernden Währungsverfälschungen: bald Inflation, bald Deflation. Und solche Übelstände waren und sind es, die das Monster Kapitalismus großwerden ließen und immer noch am Leben erhalten.

Der Zins setzt grundsätzlich zwei Fehlentwicklungen in Gang:

1. Hauptsächlich der Zins ist es, welcher - zusammen mit anderen Ursachen - eine unaufhörliche Geldvermögensumschichtung von der Arbeit zum Besitz bewirkt: Wer viel zins- und dividendenbringendes Kapital sein eigen nennt, wird allein dadurch immer reicher - auf Kosten der arbeitenden Mehrheit. Das läuft nach denselben Regeln ab, die man vom Gesellschaftsspiel Monopoly her kennt: Am Schluß bleibt, nach Ausraubung der anderen Mitspieler, nur noch ein Superkapitalist übrig.

Dazu Heiner Flassbeck, jahrelang Direktor beim DIW, später Staatssekretär unter dem damaligen Finanzminister Lafontaine (*Spiegel*, 31/1998): *"Es sind die Vermögen - Geld, Immobilien, Wertpapiere, ob ererbt oder an der Börse verdient - , die eine ungleiche Verteilung beschleunigen."* Aus der Monopol- und Machtstellung, wozu reichlicher Geldbesitz allzuoft verhilft, ergeben sich dann viele weitere Möglichkeiten der Besitz- und Einflußvergrößerung - bis hin zur Ausübung der Regierungsgewalt. Das kann offen geschehen, aber auch verdeckt erfolgen. Im letzteren Fall agieren die Geldmächtigen aus dem Hintergrund und schrecken dabei keineswegs vor Anschlägen auf mißliebige Personen, auch nicht vor größeren terroristischen Attacken zurück, ja nicht einmal vor kriegerischen Unternehmungen. Hier also liegt eine uraltes - aber durchaus lösbares! - Problem vor, die Tatsache nämlich, daß seit jeher die Regierungsformen immer wieder wechselten, die wahre Macht aber mehr oder weniger bei den Zentren des Großbesitzes und des Großkapitals verblieb.

Übrigens: Den wenigsten ist bewußt, daß sie Zinsen zahlen, auch wenn sie keine Schulden haben, nämlich in den Steuern (Zinsen für die Staatsschulden) und hauptsächlich bei den täglichen Einkäufen: Denn in allen Preisen sind Zinszahlungen versteckt, durchschnittlich schätzungsweise 30 Prozent; dorthin überwältigt von den meist hochverschuldeten Unternehmen, die erstens selber gegenüber den Banken zinspflichtig sind und die zweitens ihr eingesetztes Eigenkapital, soweit vorhanden und soweit möglich, verzinst sehen wollen.

2. In erster Linie der Zins erzwingt ein unabbremsbares Wirtschaftswachstum. Das läuft so ab: Vor allem zinseszinsbedingt wachsen die Geldvermögen aus sich heraus. Das ist deshalb so, weil die meisten, vor allem die Reicheren, ihre Zinseinkünfte auf ihren Konten stehen lassen, so daß daraus zusätzliches zinsbringendes Kapital wird. Spiegelbildlich zur Geldvermögensmehrung nimmt in etwa gleichem Umfang die Gesamtverschuldung zu (weil Geldguthaben im Regelfall angelegt sind, durch die Kreditvergabe also zu Schulden wurden). Die immer höher verschuldete Wirtschaft ist folglich genötigt, zur Ableistung des ansteigenden Schuldendienstes immerfort mehr zu produzieren - auch deshalb, weil der gleichfalls unter der Zinslast ächzende Staat immer höhere Steuern aus ihr herauspreßt. Dieser zinseszinsbedingte Wachstumszwang hat nach vielen Seiten hin verheerende Auswirkungen.

Unerfreuliche kapitalistische Wirklichkeit

1. Kapitalistische Länder - dazu zählen inzwischen fast alle - sind in der Regel, vor allem wegen der zinsbedingten Umschichtungswirkung (s.o.), durch eine immer weitere Kluft zwischen arm und reich gekennzeichnet. J. G. Speth, Chef des Entwicklungsprogramms der *Vereinten Nationen*, machte hierzu folgende Angaben (*Die Zeit*, 13.6.1997): *"Der Besitz von 358 Milliarden ist genauso hoch wie das Jahreseinkommen von rund der Hälfte der Weltbevölkerung."* Speth fuhr fort: *"Diese gewaltige Ungleichheit zwischen verschiedenen Ländern, aber auch innerhalb vieler Nationen, ist ein Gefahrenherd."* Damit sind einige wichtige Ursachen beim Namen genannt, weshalb es immer wieder Aufstände, terroristische Bandenbildung, Bürgerkriege und Revolutionen gegeben hat. Seit Jahren ereignet sich dies vor allem in den am meisten vom Wirtschaftselend geplagten Weltgegenden,

nämlich in den Dritte-Welt-Ländern. Markus Brauer, Leitartikler der *Stuttgarter Nachrichten*, meinte dazu (13.6.2003): "*Wo Hunger und Unrecht herrschen, gedeihen Terrorismus und Fanatismus.*"

Traurig, aber wahr: Nur selten haben solche Aufstände letztendlich die Lage der jeweiligen Bevölkerung verbessert, ja allzuoft führten sie vom Regen in die Traufe. Als bekanntestes Beispiel diene der einstige Siegeszug des Kommunismus fast um die halbe Welt - und an sein schreckliches Versagen.

2. Ein kapitalistisches System ist zudem - aus den geschilderten zinseszinsbedingten Gründen - durch einen unerbittlichen wirtschaftlichen Wachstumszwang gekennzeichnet: Wachsen oder weichen, so lautet die Parole. Eine üble Folgenkette entsteht: Absatznöte - Verdrängungs-"Wettbewerb" - Rationalisierungszwang (mit Freisetzung Abertausender von Mitarbeitern) - Überleben vor allem der kapitalstärkeren Firmen - Auslöschung der überlieferten kleinräumigen Wirtschafts- und Kulturformen - Vorherrschaft der Großstrukturen - schrankenlose Globalisierung - Imperialismus - Weltherrschaftstreben.

Mit dem Zerfall des kleinräumigen Wirtschaftens und dem Verlust kultureller Werte zerbrechen auch altbewährte Formen des Zusammenlebens. Die Menschen verarmen nicht nur äußerlich, sie werden auch innerlich wurzel- und haltlos. Hunger (mit durch unangemessenes Bevölkerungswachstum verursacht), zunehmende Kriminalität, schließlich zielstrebigem Terrorismus sind die Folge.

Auf der Suche nach Arbeit und Brot sind inzwischen Millionen Armuts-, Kriegs- und Umweltflüchtlinge auf Wanderschaft. Ihr Ziel sind die westlichen Industrieländer, sofern dort noch ein gewisser Wohlstand anzutreffen ist. Doch unterschiedliche Menschen haben auch unterschiedliche kulturelle Bedürfnisse: Das Ergebnis ist dann selten die von Parteien, Kirchen, Gewerkschaften u.a.m. versprochene multikulturelle Harmonie und Bereicherung. Stattdessen entwickelt sich fast regelmäßig: Abschottung, Unzufriedenheit, Haß wegen angeblicher Benachteiligungen, Krawalle, Aufstände, Terrorismus, schließlich: blutige Bürgerkriege.

Segenbringender Globalismus?

Globalismus ist nur ein beschönigendes Wort für wirtschaftlichen und politischen Imperialismus. Profit- und Machtgier mögen hierbei eine wichtige Rolle spielen; als Antrieb entscheidender dürfte bei den meisten Unternehmenslenkern jedoch der kapitalistische Wachstumszwang sein, dem selbst Großkonzerne unterliegen: Um ihre immerfort wachsenden Schulden bedienen zu können, um einen möglichst hohen "shareholder value" zu erzielen, um ein Absinken ihrer Gewinne und ihrer Aktienkurse zu verhindern, müssen sie immer größer und globaler werden. Sie bleiben damit den zerstörerischen Gesetzmäßigkeiten verhaftet, die das Zinsgeld ihnen unausweichlich auferlegt. Jean Ziegler, der weltbekannte, wenn auch umstrittene, Genfer Soziologieprofessor, zudem Sonderberichterstatter der *UNO für das Recht auf Nahrung*, ließ sich gegenüber einem *Spiegel*-Journalisten so aus (Nr. 4/2002): "*Die Welt wird reicher, und die Hungerkurve steigt. Eine negative Dynamik, negative Dynamik. Die oligarchische Form der Weltherrschaft wird immer deutlicher ... Der*

Umsatz der 200 größten Buden der Welt [= transkontinentaler Konzerne] entspricht über einem Viertel des Weltbruttosozialprodukts ... Die Massengräber sind menschengemacht ... Die transkontinentalen Machtgebilde, diese unsterblichen, unsichtbaren Personen, die sich weltweit niederlassen, haben kein Gesicht, keine Sprache, keinen Fingerabdruck, keine Urinspur. Aber sie beherrschen uns total."

Nahost-Experte Scholl-Latour gab ähnliches zu Protokoll (Stuttgarter Nachrichten, 10.10.2001): *"Wenn der Raubtierkapitalismus sich der Länder bemächtigt, sie in eine Krise treibt, dann kann das verheerende Folgen haben".* Und er fügte hinzu: *"Als Reaktion auf diesen ungehemmten Wirtschaftskolonialismus breite sich der militante Islamismus aus."*

Amerikanische Weltbeherrschungspläne

"Die USA wollen die Weltherrschaft", so der britisch-jüdische Historiker Eric Hobsbawm gegenüber dem *Spiegel* (12/2002). Schon seit Ende des Kalten Krieges [in Wirklichkeit schon seit viel längerer Zeit] verfolgten sie das Ziel, *"sich als dominante Macht dieser Welt zu etablieren."* Der einflußreiche einstige amerikanische Präsidentenberater und Fachmann für Geopolitik, Zbigniew Brzezinski, lieferte mit seinem 1997 erschienenen Buch *Die einzige Weltmacht - Amerikas Strategie der Vorherrschaft* eine Art Blaupause zur Erreichung dieses Ziels.

Selbst deutsche Politiker getrauen sich inzwischen zu sagen, daß der von US-Präsident George W. Bush unter dem Schlagwort "Grenzenlose Gerechtigkeit" ausgerufenen Kampf gegen den Terrorismus eher als Vorwand diene, um sich auch noch in fernöstlichen Gebieten die Bodenschätze anzueignen, um geopolitische Vorteile zu erlangen und um gegebenenfalls widerspenstige Länder - "Schurkenstaaten" - mit Krieg überziehen zu können. Freilich gibt man das nicht offen zu, sondern umhüllt seine Absichten meist hochmoralisch. *Spiegel* (8/2002): *"Im Berliner Kanzleramt, im Außen- und im Verteidigungsministerium herrscht inzwischen die Ansicht vor, daß reine Machtpolitik und weniger der Kampf gegen den Terrorismus hinter den vollmundigen Ankündigungen der Amerikaner stehe."* Unter der Überschrift *"Kampf um Zentralasien"* war im *Spiegel* zu lesen (52/2001): *"In keiner Weltregion kämpfen Washington, Moskau und Peking so verbissen um Einfluss wie zwischen Kaspischem Meer und Pamirgebirge. Der Afghanistan-Feldzug hat Zentralasien Chancen gebracht, aber auch Risiken. Es geht um Militärbasen, um Rauschgift, um Erdöl- und Erdgas-Reserven. Der Kampf um die Pipelines der Zukunft schürt die Konflikte. Autoritäre Herrscher verbünden sich mit dem Big Business - und fürchten weiter radikale Islamisten."* Und Chalmers Johnson, Politologe und Autor des Buches *Ein Imperium verfällt*, spricht die Vermutung aus, daß *"einflußreiche Persönlichkeiten in Washington ... eigene verdeckte Absichten"* hätten: *"Sie befürworten Angriffe auf den Irak, die Kontrolle über die Öl- und Gasvorkommen in Zentralasien und die Einkreisung Chinas."* (*Spiegel*, 42/2001)

Gegen diese *"oligarchische Form der Weltherrschaft"* (J. Ziegler) und gegen den bevorstehenden Vasallen-Status ihres Landes leisten islamische und andere Terror-Netzwerke jetzt Widerstand - wobei sie sich selber freilich eher als Freiheitskämpfer betrachten.

Dies aber gilt es zu begreifen: Der Drang und Zwang zum Imperialismus - schließlich zur totalen und totalitären Weltbeherrschung - ist ein bestimmendes Merkmal des Kapitalismus und haftet ihm seit jeher an, auch heute noch. Unter den Voraussetzungen der altüberlieferten fehlerhaften Geld- und Bodenrechtszustände ist eine andere Entwicklung gar nicht denkbar. Das zinsbedingt einseitige Vermögenswachstum einerseits und der zinsverursachte Wachstumszwang samt Verdrängungs-"Wettbewerb" andererseits haben unvermeidlich zur Folge, daß eine beispiellose Zusammenballung von Geld und Macht entsteht, wie sie gegenwärtig in den USA verkörpert ist.

In ähnlicher Weise zwingt das kapitalistische Bodenrecht dazu, sich nach Möglichkeit aller Rohstoffvorkommen der Welt zu bemächtigen.

Im Hinblick auf die weltoberischen Ziele der USA ist zu fragen, ob hier nicht ein Fall von Staatsterrorismus vorliegt (s. Begriffsbestimmung zu Beginn dieser Abhandlung). Dafür sind freilich kaum die amerikanischen Staatsbürger verantwortlich zu machen, sondern vielmehr die Finanzoligarchien, die in den USA tonangebend sind. Will man deren weltweiten imperialistischen Ausgriffen ein Ende setzen, ist das letztlich nur auf die Weise möglich, daß man den kapitalistischen Sumpfboden, aus dem solche Hydren hervordachsen, gründlich und dauerhaft trockenlegt.

Zwischenbemerkung

Wie das zu geschehen hat, was die tiefste Ursache des Imperialismus ist, wie der Kapitalismus zu überwinden ist - dies alles und vieles andere mehr hat Reiner Bischoff in seinem Buch *Entmachtung der Hochfinanz. - Demokratie, Frieden, Arbeit für alle, Natur- und Kulturbewahrung sind möglich* in großer Ausführlichkeit behandelt (Erscheinungsjahr: 2002, 407 Seiten, 24,80 Euro. Auslieferung: Theodor Storm-Versandbuchhandlung, Postfach 1, 25884 Viöl).

Was ist zu tun?

Will man den Terrorismus - auch die vielen anderen Herausforderungen unserer Zeit - in den Griff bekommen, ist unabdingbare Voraussetzung dafür die Überwindung des Kapitalismus, d.h. der Zinswirtschaft.

Simple Zinsverbote, wie sie in früheren Jahrhunderten üblich waren, stellen freilich keinen Ausweg dar. Das gilt auch für zahlreiche weitere Vorschläge, das Zinsproblem zu lösen.

Ein paar grundsätzliche Überlegungen können hier weiterhelfen. Der Zins ist deshalb unentbehrlich, weil er als eine Art Umlaufantrieb für Bargeld und Sichteinlagen (Buchgeld) dient. Der Zins hat aber, wie bereits dargestellt, äußerst zerstörerische Auswirkungen. Auch als Anreiz, Spargeld längerfristig anzulegen, ist er keineswegs zuverlässig. Das zeigt sich immer dann, wenn der Zins - aus welchen Gründen auch immer - auf eine zu tiefe Stufe absinkt. Dann wird Geld zunehmend aus dem Kreislauf herausgehalten, wird gehortet, entweder als kurzfristige Bankeinlage - oder wortwörtlich in einem Tresor zu Hause. Genau diese Entwicklung ist seit bereits einem Jahrzehnt in Japan zu beobachten. Und eben deswegen gerät dieses Land immer tiefer in eine Deflationskrise

hinein. Es geht also darum, für Bar- und Buchgeld statt des Zinses einen besseren Umlaufsantrieb zu finden.

Und den gibt es. Der berühmte John Maynard Keynes hat dazu in seinem Hauptwerk *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes* den Weg gewiesen. Unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Freiwirtschaftslehre Silvio Gesells (1862-1930) empfiehlt er, auf alles Bargeld eine Umlaufsicherungsgebühr zu erheben, eine Art negativen Zinses. Auf diese Weise nehme man dem Geld seine Hortbarkeit und zwingt es zu einem stetigen Kreislauf durch die Wirtschaft. Er bezeichnet dies als den "*vernünftigsten Weg*", "*um allmählich die verschiedenen anstößigen Formen des Kapitalismus loszuwerden.*" Obwohl solche Überlegungen in Keynes' Buch viele Seiten füllen, werden sie von den Ökonomieprofessoren weltweit leider mit Nichtachtung gestraft und also öffentlich nicht behandelt.

Mehr als dieser kurze Hinweis zum Thema Geld ist im beschränkten Rahmen der vorliegenden Abhandlung nicht möglich. (Jedoch: Reiner Bischoff hat in seinem Buch *Entmachtung der Hochfinanz* der wichtigen Frage einer besseren Währungsordnung 55 Seiten gewidmet.)